

amtliche Bekanntmachung 1

Amtsgericht Charlottenburg

Abteilung für Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen

Az.: 70 K 32/25

Berlin, 26.06.2026



Terminsbestimmung:

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Datum	Uhrzeit	Raum	Ort
Mittwoch, 14.10.2026	10:30 Uhr	120, Sitzungssaal	Amtsgericht Charlottenburg, Amtsgerichtsplatz 1, 14057 Berlin

öffentlich versteigert werden:

Grundbucheintragung:

Eingetragen im Grundbuch von Berlin-Wilmersdorf

Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum

ME-Anteil	Sondereigentums-Art	SE-Nr.	Blatt
46,51/1.000	nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumen nebst Lagerräumen im Kellergeschoss	1	38225

an Grundstück

Gemarkung	Flur, Flurstück	Wirtschaftsart u. Lage	Anschrift	m ²
Berlin-Wilmersdorf	Fl. 3, Nr. 2930/121	Gebäude- und Freifläche	10717 Berlin, Uhlandstraße 118, 119	1.236

Lfd. Nr.	Objektbeschreibung/Lage (ohne Gewähr)	Verkehrswert
----------	---------------------------------------	--------------

	<p>Sondereigentum (Gewerbeeinheit) Nr. 1 in der Uhlandstraße 118, 119, 10717 Berlin, im Erd- und Kellergeschoss nebst WC-Bereich und Teeküche eines 7-geschossigen Wohn- und Geschäftshauses im Vorderhaus. Von der Erdgeschossfläche aus besteht über eine Wendeltreppe Zugang in das Kellergeschoss. Innerhalb der Anlage wurden einige Mängel und Schäden vorgefunden. Im Keller wurden Spuren eindringender Nässe im Wandbereich vorgefunden. Es hat eine Innenbesichtigung stattgefunden. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf das Gutachten (Stand Februar 2026) verwiesen.</p> <p>Nutzfläche EG: ca. 99 m² Nutzfläche KG: ca. 20 m² Baujahr: 1963</p>	<p>430.000,00 €</p>
--	--	---------------------

Der Gesamtverkehrswert wurde auf 430.000,00 € festgelegt.

Weitere Informationen unter www.zvg-portal.de

Die Eintragung des Versteigerungsvermerks erfolgte am 03.03.2025.

Die Beschlagnahme erfolgte am 03.03.2025.

Aufforderung:

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hinweis:

Es ist zweckmäßig, bereits drei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanspruchten Ranges schriftlich einzureichen oder zu Protokoll der Geschäftsstelle zu erklären.

Dies ist nicht mehr erforderlich, wenn bereits eine Anmeldung vorliegt und keine Änderungen eingetreten sind. Die Ansprüche des Gläubigers gelten auch als angemeldet, soweit sie sich aus dem Zwangsversteigerungsantrag ergeben.